

# Dringend gesucht: Neue Lehrerinnen und Lehrer

**Lehrermangel** In 15 Berner Schulzimmern fehlt noch eine Lehrkraft. Zum Glück springen fürs neue Schuljahr 23 noch nicht diplomierte Studierende der PH ein. Zum Beispiel in Utzenstorf. Es liegt an der Grenze zum Kanton Solothurn, wo Lehrkräfte deutlich mehr verdienen.

**Stefan von Bergen**

In der grossen Pause wimmelt es auf dem Platz der Schulanlage Utzenstorf von fröhlich lärmenden Kindern. Schulleiter Andreas Hachen steht mitten unter ihnen und bestätigt, was man von blossem Auge sieht: Die Schülerzahlen explodieren. «In den letzten fünf Jahren sind in unserem Schulverband 100 zusätzliche Schülerinnen und Schüler hinzugekommen, im Schnitt jedes Jahr eine Klasse mehr», sagt Hachen. Er ist oberster Leiter des Schulverbands Untere Emme. Rund 1000 Kinder besuchen derzeit dessen Schulhäuser in den Gemeinden Utzenstorf, Bätterkinden, Wiler und Zieblebach.

**Ausschreiben ist sinnlos**

Hachen zeigt jetzt auf drei Fenster eines Schulgebäudes: «In diesem Klassenzimmer haben wir eine personelle Lücke, die Klassenlehrerin zieht weg.» Das ist sein Dilemma: Die Zahl der Unterstufenschüler legt zu, jene der Lehrerinnen und Lehrer aber stagniert. Wie viele bernische Schulleiter kämpft Hachen gegen akuten Lehrermangel. Zum Glück konnte er zwei noch vakante Stellen seines Schulverbands im letzten Moment mit Studierenden der Pädagogischen Hochschule (PH) Bern besetzen. Sie springen für ein Semester ein. «Kaum jemand reagiert auf eine Stellenausschreibung», sagt Hachen. Gleich 14 Stellen musste er in diesem Jahr besetzen, weil Lehrkräfte pensioniert wurden, weggezogen, in die Schullei-

**«Kaum jemand reagiert auf eine Stellenausschreibung, für eine Stellvertretung meldet sich kein Mensch.»**

**Andreas Hachen**  
Schulleiter Untere Emme

tung aufstiegen oder weil neue Klassen eröffnet wurden. Bei der Suche setzt er auf die Mundpropaganda unter Lehrerinnen und Lehrern. «Für eine Stellvertretung meldet sich schon gar niemand», sagt er. Lektionen von kurzfristig ausfallenden Lehrkräften übernehmen Mitglieder des Kollegiums.

**Solothurn zahlt besser**

Hachen hat ein besonderes Problem: Die Region Utzenstorf liegt an der Kantongrenze zu Solothurn. Ein paar Kilometer weiter nördlich ist der Einstiegslohn einer Primarlehrerin mit einem Vollpensum um 1000 Franken höher als im Kanton Bern. Im Monat. Das wissen auch die frisch Diplomierten, wenn sie nach ihrer ersten Stelle Ausschau halten. Solothurner lassen sich zwar an der PH in Bern ausbilden, unterrichten dann aber nicht im Kanton Bern. Selbst nach 11 Dienstjahren liegt das Jahresgehalt einer Solothurner

Primarlehrerin bei 108 000 Franken, im Kanton Bern bloss bei 85 000 Franken.

Ausgerechnet auf der Kindergarten- und der Unterstufe, wo die Löhne besonders tief sind, sind auch die Kinderjahrgänge besonders geburtenstark – und damit der Lehrermangel am akutesten. Längst warnt die kantonale Erziehungsdirektion vor dem abschreckenden Effekt der tiefen Saläre. Bis jetzt hat das Kantonsparlament jedoch eine Erhöhung oder eine Verschiebung der Unterstufenlehrkräfte in eine höhere Lohnklasse aus Spargründen verweigert.

«Solothurner zu holen, ist besonders schwer», sagt Andreas Hachen. Meldet sich doch mal eine junge Lehrkraft aus dem Nachbarkanton auf eine Stelle in Utzenstorf, fragt er sicherheits-halber nach, ob ihr der Lohnunterschied bewusst sei. Weil an einigen Solothurner Primarschulen Teilpensen mindestens 50 Anstellungsprozent umfassen müssen, gelang es Hachen dennoch, eine Lehrerin und Mutter von Kleinkindern von dort mit einem Kleinpensum anzustellen. 98 Prozent der Kindergartenstellen und 84 Prozent der Primarschulstellen sind im Kanton Bern von Frauen besetzt. «Für sie ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zentral, sie sind deshalb auf kleinere Pensen angewiesen», betont Hachen.

**Welle von Pensionierungen**

Ein Hauptgrund für den Lehrermangel ist der Umstand, dass viele Lehrkräfte – wie der 63-jährige Andreas Hachen – den geburtenstarken Babyboomer-Jahrgängen der 1950er- und 1960er-Jahren angehören (siehe auch Box). Weil diese Altersgruppe das Rentenalter erreicht, rollt derzeit eine eigentliche Pensionierungswelle in die Berner Lehrzimmer. Erst gegen 2026/2027 dürfte diese Welle abebben, prognostiziert die Erziehungsdirektion.

Es ist eine unglückliche demografische Parallele, dass mit den Lehrerpensionierungen auch die Schülerzahlen markant zunehmen. Das ist der zweite Hauptgrund für den Lehrermangel. «Noch vor fünf Jahren stagnierten die Schülerzahlen in unserer Region, Betriebe klagten über Lehrlingsmangel», erinnert sich Hachen.

**Schülerzahlen explodieren**

Explodierende Schülerzahlen und Schulraumknappheit werden meist nur aus grösseren Städten vermeldet. Aber auch Andreas Hachens Schulkreis Untere Emme ist eine Wachstumsregion. Allein Utzenstorfs Einwohnerzahl ist innert 30 Jahren von 3000 auf 4300 gestiegen. Es liegt nahe an der Autobahn und auf der Pendlerachse Bern–Solothurn. Stagnierende Schülerzahlen, das gibt es nur noch in peripheren Gemeinden des Emmentals, des Oberaargaus oder des Voralpengebiets.

In die neuen Wohnungsbauten, die auf Utzenstorfs relativ günstigem Bauland aus dem Boden gestampft werden, ziehen viele junge Familien ein. Sie schätzen, dass Utzenstorf länd-

lich, idyllisch und hervorragend erschlossen ist. «Noch während der Sommerferien werden uns Kinder von Neuzuzüglern nachgemeldet», sagt Hachen. Es sei schon vorgekommen, dass am ersten Schultag nach den Sommerferien Eltern mit ihrem angemeldeten Kind vor der Schulhaustür gewartet hätten.

**Platznot im Schulhaus**

Was dieser Ansturm bedeutet, demonstriert Hachen auf einem kleinen Rundgang. Die Schulanlage von Utzenstorf hat rund um den Pausenplatz wie ein Baum

**«Noch während der Sommerferien werden uns fürs neue Schuljahr Kinder von Neuzuzüglern nachgemeldet.»**

**Andreas Hachen**  
Schulleiter Untere Emme

Wachstumsringe angesetzt. Neben zwei Schulbauten aus den 1920er- und 1950er-Jahren steht ein neuer Doppelkindergarten. In den Gebäuden wird jeder Raum genutzt. Einige Lehrerarbeitsplätze sind in einer früheren Abwärtswohnung untergebracht, selbst das Untergeschoss ist in eine Schulraumzone für den fünften Kindergarten umfunktioniert worden. «Wir platzten aus allen Nähten», sagt Hachen.

Den Schulraum- und den Lehrermangel befeuert als dritter Antreiber noch der Lehrplan 21, der seit dem eben zu Ende gehenden Schuljahr in Kraft ist. Je nach Schuljahr gibt es bis zu drei zusätzliche Lektionen pro Woche. Dafür braucht es mehr Lehrkräfte – oder höhere Unterrichtsspensen.

**Notfallplan seit 2014**

Weil Solothurn die Lehrkräfte gut zahlt und die Ostschweizer Kantone oder Basel-Stadt auf deutsche Lehrer zurückgreifen können, herrsche dort kein Lehrermangel, sagt Andreas Hachen. Er ist auch Co-Präsident des Verbands Berner Schulleiterinnen und Schulleiter VSL Bern. Aus Umfragen anderer Kantonalverbände weiss er, dass die Lage nicht nur im Kanton Bern prekär ist, sondern auch im Aargau, in Luzerner Landregionen, in Baselland oder Glarus. Auch im

**Nächster Engpass bei den Schulleitern**

Mehr als ein Drittel der bernischen Schulleiterinnen und Schulleiter gab kürzlich in einer Umfrage des kantonalen Verbandes VSL Bern an, dass sie der Altersgruppe 59 plus angehören. Das sagt der Utzenstorfer Schulleiter Andreas Hachen (63), Co-Präsident von VSL Bern. Ihr Anteil sei im Kanton Bern überdurchschnittlich hoch, weiss er aus den Befragungen anderer Kantone. «Der nächste Engpass droht im Kanton Bern

Kanton Zürich spitzt sich das Problem infolge steigender Kinderzahlen zu.

Im Kanton Bern erarbeitete eine Expertengruppe der Erziehungsdirektion schon 2014 einen Notfallplan. Letzten August trat er erstmals in Kraft. Die Idee: Noch nicht diplomierte Studierende der PH springen für ein Semester in Teilzeit ein. 30 Studierende ohne Diplom übernahmen so im letzten Sommer 20 unbesetzte Stellen im ganzen Kanton.

Auch dieses Jahr wird der Notfallplan wieder aktiviert. Anfang Juli waren laut Erwin Sommer, Vorsteher des Amtes für Kindergarten und Volksschule, auf der Unterstufe 12 Stellen für grössere Pensen und 3 für kleinere Pensen von 20 bis 60 Prozent vakant. 23 Studierende der PH Bern sind auch dieses Jahr wieder für einen Semestereinsatz bereit.

Fünf von ihnen werden allein in Andreas Hachens Schulverband aushelfen. In einem Coaching werden sie von erfahrenen Lehrern begleitet. Für Teilzeiteinsätze sind auch über 70 pensionierte Lehrkräfte zwischen 65 und 70 Jahren bereit. Sie hatten sich auf eine briefliche Anfrage der Erziehungsdirektion an 950 pensionierte Berner Lehrkräfte gemeldet.

**Plan B in der Schublade**

Was macht die Erziehungsdirektion, wenn die Lage noch prekärer wird? Auf einem Podium zum Thema Lehrermangel erwähnte Erziehungsdirektorin Christine Häslar (Grüne) Anfang Juni einen Plan B, den sie lieber nicht anwenden würde. Er sieht unter anderem vor, Schulklassen zusammenzuliegen oder zu vergrössern und sich auf Pflichtfächer zu konzentrieren. Auch die Weiterbildung und die Qualitätssicherung würden in den Lehrerkollegien zurückgefahren.

Auch Andreas Hachen möchte diesen Plan B lieber nicht umsetzen. «Grössere Pensen und Schulklassen belasten die Lehrer, und Lehrerwechsel schaffen Unruhe», sagt er. Seine Hauptsorge ist, dass die unter Druck stehenden Lehrkräfte gesund bleiben. Wenn die Eltern seiner Schulkinder Kritik und Ansprüche anmelden, erklärt ihnen Hachen, wie angespannt die Stellsituation ist.

«Man müsste den Lehrerinnen und Lehrern heute wenn schon ein Signal geben, dass es sie braucht und wie wichtig ihre Arbeit ist», findet er. Und appelliert an die Kantonspolitik, die Arbeit der stark geforderten Lehrer endlich durch etwas höhere Löhne zu honorieren.

**«Man müsste den Lehrerinnen und Lehrern heute ein Signal geben, dass es sie braucht und wie wichtig ihre Arbeit ist.»**

**Andreas Hachen**  
Schulleiter Untere Emme

den Schulleitungen», folgert Hachen deshalb. Ein grosser Teil der Berner Schulleiterinnen und Schulleiter wird in den nächsten paar Jahren abtreten. Auch wenn die berufsbegleitende Weiterbildung zur Schulleiterin und zum Schulleiter an der Pädagogischen Hochschule gefragt ist, vermag diese die entstehende Lücke kaum zu schliessen. Hachen erlebt zudem, dass ältere Schulleiter für ihre letzten Dienst-



Hauptschulleiter Andreas Hachen hat

im letzten Moment genug Lehrkräfte für die Stellen seines Schulverbands Untere Emme gefunden. Foto: Beat Mathys

## Der Kanton will günstiger abklären

**Behinderte** Von rund 100 auf 20 Millionen Franken will der Kanton die Mehrkosten in der Behindertenfinanzierung senken. Behindertenverbände wehren sich.



**«Wir können auf Erfahrung zurückgreifen und uns mit anderen Kantonen vergleichen.»**

**Astrid Wüthrich**  
Chefin Alters- und Behindertenamt

Was der Kanton im Dezember angekündigt hat, wird Realität: Die Gesundheits- und Fürsorge-direktion (GEF) von Pierre Alain Schnegg (SVP) passt die geplante Behindertenfinanzierung an. Eine Analyse des laufenden Pilotprojekts hat ergeben, dass der bislang eingeschlagene Weg Mehrkosten von rund 100 Millionen Franken mit sich bringen würde. Durch Anpassungen sollen diese Mehrkosten auf 20 Millionen Franken gesenkt werden.

Die Direktion lässt das eigens in Bern ausgearbeitete Abklärungssystem «Vibel» fallen. Vibel war seit Jahren umstritten, weil es sehr kompliziert und teurer ist als andere Systeme. Stattdessen soll Bern nun mit der Methode «IHP» («Individualeller Hilfsplan») arbeiten. Laut Astrid Wüthrich, Chefin des Alters- und Behindertenamts (Alba), benutzen die beiden Basel und Zug sowie mehrere deutsche Bundesländer dieses System. «Wir können also auf viel Praxiserfahrung zurückgreifen und uns mit anderen Kantonen vergleichen.» Ursprünglich war Bern davon ausgegangen, dass Vibel von anderen Kantonen adaptiert würde. Doch das war nicht der Fall. IHP vereinfacht den Abklärungsprozess und sei deshalb auch kostengünstiger, sagt Wüthrich. Wie viel Geld der Kanton in Vibel investiert hat, kann sie nicht beziffern. Das Geld sei aber nicht verloren. Der Kanton habe wertvolle Erfahrungen gesammelt.

**Geld für Institutionen**

Den wesentlichen Teil der Kosten will der Kanton mit einem «griffigen Steuerungssystem» senken. So sollen die Unterstützungsgelder für Menschen, die in einem Heim leben, auch künftig direkt an die Institutionen gehen. Für Wüthrich ist das keine Abkehr von der geplanten Subjektfinanzierung, die vorsieht, dass die Menschen die finanziellen Mittel erhalten und nicht die Institutionen. «Das Geld wird nach wie vor den Menschen zugespochen. Wenn sie sich aber für eine Institution entscheiden, erhält es die Institution direkt», sagt Wüthrich. Somit soll der Grundsatz des 2011 entworfenen Behindertenkonzepts bestehen bleiben, dass Menschen mit einer Behinderung ihren Lebensmittelpunkt selbst wählen können.

**Kritik von Verbänden**

Behindertenverbände kritisieren die Pläne des Kantons. Die stärkste Kritik kommt von Insieme Kanton Bern, der Dachorganisation der Elternvereine für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Im Vorstand des Verbands sitzt Claus Detreköy, der unter Schneggs Vorgänger Philippe Perrenoud (SP) bei Vibel federführend war. Mit der Abkehr von Vibel werde «jahrelange wertvolle Entwicklungsarbeit weggeworfen», so der Verband.

Was Insieme weiter stört: «Die Wahlfreiheit wird massiv eingeschränkt.» Dies, weil der Kanton Vorgaben zu seinen Leistungen wolle. Für Alba-Chefin Wüthrich ist dies ein normales Vorgehen: «Der Kanton will sicherstellen, dass das Geld, das er

für einen bestimmten Bedarf spricht, auch für diesen eingesetzt wird. Und nicht für etwas anderes.» Es gehe darum, Steuergelder transparent einzusetzen.

Der Verband kritisiert zudem, dass der Kanton eine Obergrenze für eine ambulante Betreuung vorsieht. Konkret: Ab einem gewissen Betrag soll nur eine institutionelle Lösung möglich sein. Laut Wüthrich ist dies ebenfalls ein Element, die Kosten zu steuern. Wie es genau ausgestaltet werde, sei noch offen.

Die Kantonale Behindertenkonferenz, der Dachverband von 40 bernischen Organisationen, findet die finanziellen Konsequenzen intransparent. Privat Wohnende würden ungleich behandelt, und die Kontrollvorstellungen der GEF würden das System bürokratischer machen.

**«Richtig und mutig»**

In der Politik hingegen begrüsst man die Kehrtwende des Kantons. Die Geschäftsprüfungskommission hatte schon 2016 Vorbehalte, dass Bern mit Vibel eine eigene Schiene fahren wollte. «Der jetzige Entscheid gibt unseren Befürchtungen leider recht», sagt ihr Präsident Peter Siegenthaler (SP, Thun). Er kritisiert, dass der Kanton mit der Entwicklung von Vibel Geld «in den Sand gesetzt» habe.

Auch Gesundheits- und Fürsorgepolitiker begrüssen die neue Stössrichtung: FDP-Grossrat Hans-Peter Köhler (Spiegel), Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission, findet es «richtig und mutig», dass der Kanton Vibel stoppt. «Das System war zu kompliziert und zu komplex. Das ist nicht immer praxistauglich und generiert sofort Mehrkosten», sagt er. Die Grundausrichtung, dass Menschen ihre Betreuungsart frei wählen können, bleibe auch ohne Vibel bestehen.

GLP-Grossrätin Barbara Mühlheim (Bern) hält das Vorgehen des Kantons für einen «absolut gangbaren Weg, der nicht in ein finanzielles Abenteuer mündet». Zudem blieben die wesentlichen Pfeiler des Behindertenkonzepts bestehen.

Die GEF will bis 2020 ein Gesetz basierend auf IHP entwerfen, das 2023 in Kraft treten soll.

**Sandra Rutschti**

## Ein viraler Infekt war es nicht: Soldaten konnten die Spitäler nach Magen-Darm-Beschwerden wieder verlassen

**Linden** Den 50 Soldaten der Kaserne Jassbach, die am Donnerstagnachmittag mit Magen-Darm-Beschwerden in Spitäler gebracht werden mussten, geht es besser. Alle haben die Spitäler wieder verlassen, teilte gestern das Generalsekretariat des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) mit. Sie sind wieder bei der Truppe oder im Urlaub.

Auch den vier Personen, die in kritischem Zustand waren, geht es laut Armeesprecher Daniel Reist besser. Die Betroffenen seien dehydriert gewesen, hätten

Durchfall gehabt und erbrochen. «Bei ihnen ist einfach alles zusammengekommen», sagte Reist. Zur Art der Erkrankung und was sie auslöste, konnte der Armeesprecher nichts sagen. «Man kann lediglich ausschliessen, dass es ein viraler Infekt war», sagte der Armeesprecher. Deshalb habe auch die Quarantäne, die über die Kaserne verhängt worden sei, wieder aufgehoben werden können. Mutmassungen darüber, ob die Erkrankten an einer Lebensmittelvergiftung litten und ob Poutletfleisch der Auslöser war, woll-

te Reist nicht kommentieren. Ab Montag wird der militärische Untersuchungsrichter Befragungen durchführen. Das Lebensmittelinspektorat der Armee nimmt parallel Analysen im Labor vor.

Auch auf dem Waffenplatz in Bière im Waadtland kämpfen Dutzende Rekruten mit Durchfallproblemen. Nach Armeeanfragen hatten sich in den vergangenen Tagen rund dreissig Rekruten mit Magen-Darm-Beschwerden gemeldet.

**Manuel Berger/sda**